



Die möglichen Jamaika-Koalitionäre beim Sondieren: Der Kohleausstieg könnte besonders problematisch werden.

Foto: M. Gumbart

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Ein internes Regierungspapier zieht eine vernichtende Bilanz der bisherigen Klimaschutzbemühungen und warnt vor kurzfristigem Aktionismus.

Das Thema erweist sich als Sollbruchstelle der Jamaika-Sondierungen.

Thomas Sigmund,
Klaus Stratmann Berlin

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit klaffen im Klimaschutz breite Schneiden. Deutschland läuft jüngsten Berechnungen zufolge Gefahr, seine Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bis 2020 krachend zu verfehlen. Doch während Grünen-Politiker das zum Anlass nehmen wollen, die Anstrengungen zu verstärken, wird in einem internen Papier der Bundesregierung davor gewarnt, die Ziele mit aller Gewalt und hohen Kosten erreichen zu wollen.

In dem Papier, das dem Handelsblatt vorliegt, heißt es, es müsse „eine ehrliche Diskussion über mögliche Konsequenzen“ aus der sich abzeichnenden Zielverfehlung geführt werden. Es sei wegen der damit verbundenen Kosten für Verbraucher, Unternehmer und öffentliche Hand

„kaum zu realisieren“, höhere Einsparungen in den verbleibenden drei Jahren bis 2020 zu erreichen.

Das Papier ist als deutliche Kritik an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zu verstehen, die kürzlich Zahlen lanciert hatte, die die wachsende Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Klimaschutz illustrieren. Hendricks geht mittlerweile davon aus, dass bis 2020 nur noch eine CO₂-Emissionsminderung zwischen 31,7 und 32,5 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden kann. Studien von Thinktanks wie „Agora Energiewende“ rechnen sogar mit einer Zielverfehlung von bis zu zehn Prozentpunkten. Dabei hatte sich Deutschland das Ziel gesteckt, bis 2020 eine Reduktion um 40 Prozent zu erreichen.

Hendricks hatte die drohende Zielverfehlung zum Anlass genommen,

„**Entschädigungen sind umso wahrscheinlicher, je schneller man stilllegt.**“

Patrick Graichen
Agora-Chef

die künftige Bundesregierung dazu aufzurufen, schnellstmöglich nachzusteuern und Maßnahmen zu ergreifen, um das Ziel für 2020 doch noch zu erreichen. In Teilen der Bundesregierung hat das Vorpreschen der Ministerin für Irritationen gesorgt. Sie sehen darin eine Beeinflussung der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen. Sie betrachten die Äußerungen der Umweltministerin als Parteinarbeit für die Grünen, die das Reduktionsziel für 2020 keinesfalls verfehlen wollen.

Es ist kein Geheimnis, dass die derzeit noch geschäftsführende Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik für ein breites Meinungsspektrum steht. Sogar innerhalb einzelner Bundesministerien gehen die Meinungen weit auseinander. Das gilt insbesondere für das Bundeswirtschaftsministerium.

Das Regierungspapier deckt schonungslos das Missverhältnis zwischen Klimazielen und Zielerreichungsaufwand auf. Besonders kritisch setzt es sich mit der Forderung der Grünen auseinander, rasch Kohlekraftwerke stillzulegen, um bis 2020 noch zusätzlich Emissionsreduktionen zu bewirken. In dem Papier heißt es dazu, ein Ausstieg aus der Kohle erscheine zwar als eine „schnelle und vergleichsweise leicht umsetzbare Maßnahme“. Dabei würden aber die Folgekosten für betroffene Regionen übersehen. Es müsse zunächst eine wirtschaftliche Perspektive für sie entwickelt werden, erst dann könne Zug um Zug die Kohleverstromung zurückgefahren werden. Man könne die Braunkohleförderung „nicht von heute auf morgen sang- und klanglos beenden“, heißt es mahnd. „Eine CO₂-Minde-

rigung bis zum Jahr 2020 in einem Umfang, wie sie durch die nun bekannt gewordenen Prognosen erforderlich wäre, allein durch einen schnellen Kohleausstieg zu realisieren, ist weder zu erwarten noch angesichts der damit verbundenen Zielkonflikte zu befürworten“, heißt es weiter.

Diese Einschätzung ist Wasser auf die Mühlen von CDU, CSU und FDP in den Sondierungsgesprächen mit den Grünen. Bei der Sondierungsrunde der potenziellen Partner eines Jamaika-Bündnisses am Donnerstag vergangener Woche erwies sich das Thema als schwere Bürde. Aus dem Lager der Grünen hieß es, FDP und Union hätten es abgelehnt, das Stichwort „Kohleausstieg“ auch nur auf die Liste zu behandelnden Themen zu setzen. Am kommenden Donnerstag soll es eine neue Runde geben.

Seit Monaten trommeln die Grünen für den schnellen Kohleausstieg. Das Thema gehört zu ihrer DNA. Sie wollen 20 besonders CO₂-intensive Kohlekraftwerke noch vor 2020 stilllegen und bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung ausgestiegen sein. Schützenhilfe erhalten sie beispielsweise vom Thinktank „Agora Energiewende“, der sogar entschädigungsfreie Stilllegungen von Kraftwerken als Ultima Ratio für denkbar hält. „Wir stellen uns doch alle die Frage, wie wir die Klimaschutzziele möglichst kostengünstig erreichen können. Ein zentraler Punkt ist dabei, ob man Kohlekraftwerke auch ohne Entschädigung stilllegen kann. Dieser Weg gehört zu den Optionen, die grundsätzlich in Betracht kommen“, sagte Agora-Chef Patrick Graichen dem Handelsblatt. Grundsätzlich könne man sagen, „dass Entschä-

digungen umso wahrscheinlicher sind, je schneller man stilllegt“.

Nach Überzeugung Graichens reicht die Stilllegung der 20 CO₂-intensivsten Kohlekraftwerke bis 2020 noch nicht einmal aus, um die Klimaziele zu erreichen. Er fordert von der neuen Bundesregierung zusätzlich ein Klimaschutz-Sofortprogramm, das etwa den Austausch alter Öl- und Gasheizungen sowie Sonderausweisungen für zusätzliche Wind- und Solaranlagen enthält.

Die Grünen teilen solche Ziele. Mit den Vorstellungen insbesondere der FDP ist das dagegen nicht zu vereinbaren. Schon vor Beginn der Sondierungsgespräche war absehbar, dass die Energie- und Klimathemen unter den Partnern besonders umstritten sein würden. Für die Grünen ist das Feld von allergrößter Bedeutung. Ihre Kompromissbereitschaft ist entsprechend klein.

Das Regierungspapier nimmt neben dem schnellen Kohleausstieg auch kurzfristige Reduktionsbestrebungen in anderen Sektoren unter die Lupe. Die Autoren mahnen, auch im Gebäudesektor sei „eine Emissionsminderung in dem erforderlichen Umfang nur schwer in der verbleibenden Zeit bis 2020 zu realisieren“. Gerade Maßnahmen im Gebäudebestand erforderten viel Zeit, so dass in der verbleibenden Zeit „mit Erfolgen kaum zu rechnen ist“. Das gleiche Fazit ziehen die Autoren auch für den Verkehrssektor.

Noch düsterer bewerten sie die Chancen, das nächste Etappenziel zu erreichen: die Reduktion der Emissionen um 55 Prozent bis 2030. Um dieses Ziel zu erreichen, „müsste die Reduktionsleistung pro Jahr fast doppelt so groß ausfallen wie in den zurückliegenden“ Jahren. „Dieser Vergleich verdeutlicht, dass es sich hierbei um ein extrem ambitioniertes - genauer: nicht realisierbares Ziel handelt“, so ihr Resümee.

„Ohne Kohleausstieg wird es nicht gehen“

Der Vattenfall-CEO über die deutschen Klimaschutzziele, die Energiewende und hohe Strompreise.

Magnus Hall hat soeben die Neun-Monats-Zahlen vorgelegt. Das schwedische Unternehmen, Europas fünfgrößter Stromerzeuger, will in Deutschland weiter wachsen.

Wird Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen?
Ich bin da optimistisch. Deutschland ist ein umsetzungsstarkes Land.

Die deutsche Stromerzeugung basiert noch stark auf Kohle. Wie passt das zu den Klimaschutzziele?
Das ist in der Tat ein Problem. Ohne einen klaren Plan für einen Kohleausstieg wird es daher nicht gehen.

Das könnte die Strompreise weiter nach oben treiben. Dabei gehören sie schon jetzt zu den höchsten in Europa.

Im Moment sind die Strompreise in Deutschland stark mit Abgaben und Steuern belastet, etwa mit der Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien. Im Ergebnis heißt das, dass die Stromkunden die meisten Kosten der Energiewende tragen. Ich empfehle, diese Kosten auch auf den Verbrauch von Öl, Gas und Kohle umzulegen.

Welche Effekte hätte das?
Dadurch würde Strom konkurrenzfähiger, die Energiewende würde dann auch den Wärmesektor erfassen. Wir setzen beispielsweise stark auf elektrisch betriebene Wärmepumpen zur Beheizung von Gebäuden. Sie sind aber nur dann interessant, wenn der Strom nicht zu teuer ist.

Ihr Unternehmen wächst stark bei der Windkraft an Land. Wo findet das Wachstum statt?

Wir arbeiten gerade an einem interessanten Projekt in den Niederlanden. Wir ersetzen in einem bestehenden Windpark die Turbinen und steigern dadurch die Stromproduktion ganz erheblich. Aber auch in Schweden, Deutschland und Großbritannien sind wir aktiv.

Worauf fokussieren Sie sich bei der Onshore-Windkraft in Deutschland?
Wir wollen in Deutschland eindeutig weiter wachsen. Wahrscheinlich nehmen wir hier zunehmend Kurs darauf, bestehende Projekte zu akquirieren. Aber das ist noch in einem frühen Stadium.

Ihr Unternehmen ist auch bei der Windkraft auf hoher See aktiv. In Deutschland haben wir zuletzt Auktionen gesehen, bei denen die Bieter den Zuschlag bei null Cent je Kilo-

wattstunde bekommen haben. Kann das funktionieren?

Das ist in der Tat eine sehr interessante Entwicklung. Wer keine staatlich garantierte Vergütung bekommt, kann beispielsweise einen langfristigen Stromliefervertrag mit einem Abnehmer schließen und so die Finanzierung seines Projekts sichern.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass Bieter, die bei null Cent den Zuschlag bekommen haben, am Ende den Windpark gar nicht bauen?

Grundsätzlich besteht dieses Risiko. Es muss sich erst noch erweisen, dass die Bieter, die ohne staatlich garantierte Vergütung auskommen wollen, ihre Offshore-Windparks auch tatsächlich realisieren und sie nicht als reine Option bewerten und behandeln. Dies würde sowohl der Industrie als auch der politischen Glaubwürdigkeit schaden.

Wie kann man solche Entwicklungen verhindern?

Man muss die richtige Regulierung finden. Ein gutes Beispiel ist aus meiner Sicht Großbritannien. Dort arbeitet man mit dem Contract-for-Difference-Modell. Wenn der Strompreis, den ein Windparkbetreiber erzielt, unter einen bestimmten Basispreis fällt, erhält er einen Ausgleich, wenn er über dem Basispreis steigt, so zahlt der Windparkbetreiber die Differenz an den Regulierer. Das bringt Stabilität in den Markt und ist dennoch effizient. Ich bin davon überzeugt, dass es im jetzigen Marktumfeld nicht ohne solche Stabilisierungsmechanismen gehen wird.

Ist diese verlässliche Regulierung für Sie ein Investitionsanreiz?

Ja, wir haben das klare Ziel, in Großbritannien im Offshorebereich zu wachsen. Aber auch der niederländische Markt ist interessant.

Was planen Sie in Deutschland außer Investitionen in Windkraft?

Wir betreiben in Hamburg und in Berlin sehr erfolgreich Wärmenetze. Beide Städte wachsen, wir sehen da noch erhebliches Potenzial. Allerdings ist die Fernwärme nicht immer die einzige Lösung, sie lässt sich auch nicht beliebig erweitern und in jeden Außenbezirk tragen.

Wie gehen Sie damit um?

Wir bieten Wohnungsbaugesellschaften mit großen Beständen an Mehrfamilienhäusern dezentrale Heizungsanlagen an. Damit lassen sich erhebliche CO₂-Reduktionen erzielen. Der Beitrag zum Klimaschutz ist immens.

Die Fragen stellte **Klaus Stratmann.**